

Aus befreundeten Verbänden

Es wird immer besser - Erfolge bei ORDO SOCIALIS

Es wird immer besser. So lässt sich die Arbeit von ORDO SOCIALIS charakterisieren. Wir sind inzwischen 41 Mitglieder.

Auf Vermittlung unseres Vorstandsmitglieds Dr. Joseph Thesing konnten wir insgesamt 500 Exemplare der Schrift „Der Unternehmer“ von Peter H. Werhahn in den jeweiligen Landessprachen an die Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest und Prag versenden. Mit der KAS in Tschechien sind wir schon verlinkt, der Link mit Ungarn folgt. Auch mit der USEM in Mexiko, der mexikanischen „Schwester“ von ORDO

SOCIALIS, hat sich ein fruchtbringender Austausch entwickelt.

Im Übrigen schreitet die englische Übersetzung der Zehn Gebote für die Wirtschaft von Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels weiter voran. Da wir ja international gelesen und verstanden werden wollen, achten wir darauf, dass auch auf unserer Website alles in Englisch lesbar ist.

Die chinesische Übersetzung einiger unserer Schriften, vor allem von Höffner's Christlicher Gesellschaftslehre, steht – nach letzten Informationen – kurz vor der Genehmigung durch die chinesi-

schen Behörden.

Allen, die uns unterstützen, möchten wir auch an dieser Stelle nochmals herzlich danken! Dies gilt insbesondere für Gabriele Jeroch und Peter Unterberg aus der BKU-Geschäftsstelle. Helfen Sie uns bitte persönlich weiter, indem Sie uns bei Ihren (Geschäfts-) Freunden und Verwandten bekannt machen. Werbeunterla-

gen sende ich gerne von Ihnen benannten Personen zu.

Es geht bei der zunehmenden Globalisierung um die Verbreitung des Gedankenguts, das wir als Grundlage für ein gelingendes Miteinander der Menschen in Freiheit und personaler Würde anerkennen. *Dr. Clara E. Laeis*

gf@ordosocialis.de
www.ordosocialis.de

For justice in the world **Ordo socialis** Für eine gerechte Ordnung in der Welt

Ordo socialis ist eine wissenschaftliche Vereinigung zur Förderung der Christlichen Gesellschaftslehre. Diese Tochtervereinigung des BKU verfolgt das Ziel, das Gedankengut der Christlichen Gesellschaftslehre durch Übersetzungen international zu verbreiten. www.ordosocialis.de

UNIAPAC-Konferenz in Mailand

Deklaration zur Unternehmerverantwortung in Europa



Internationaler Austausch: Der Erzbischof von Kampala/Uganda, Lwanga (v.li.), und BKU-Vertreter Burkard Leffers.

Der italienische Schwesterverband des BKU, die UCID, und der Internationale Dachverband Christlicher Unternehmerverbände (UNIAPAC) hatten über das Karnevalswochenende zu einer internationalen Konferenz nach Mailand eingeladen. Thema waren die Zukunft Europas und die Rolle christlicher Unternehmer.

Hierzu wurde eine Deklaration verabschiedet, in der sich die Unternehmer zu einer wertorientierten Unternehmensführung bekennen. Unterstrichen werden darin der Schutz der Familie als Keimzel-

le der Gesellschaft, die Chancen einer gelungenen Integration ausländischer Mitbürger, die Bedeutung eines verantwortungsvollen Verhaltens in Forschung und Wissenschaft sowie die Verantwortung Europas für Afrika.

Zu diesen vier Themenbereichen gab es hochkarätig besetzte Gesprächsrunden. Prominente Kirchenvertreter waren der Erzbischof von Mailand, Kardinal Tettamanzi, der Präsident des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, Kardinal Martino, der Kanzler der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, Erzbischof Sorondo, sowie der Erzbischof von Kampala/Uganda, Lwanga. Aus Deutschland waren dabei der Präsident von Merrill Lynch Deutschland, Lothar Späth, der Vorsitzende der BKU-Diözesangruppe Rhein-Main, Burkard Leffers, und BKU-Geschäftsführer Martin J. Wilde.

Der BKU hatte die Gesprächsrunde zur europäischen Verantwortung für Afrika mit vorbereitet. Ein Schwerpunkt lag dabei auf dem Thema Mikrofinanz, in das Erzbischof Lwanga eine praxisnahe Einführung gab. Die ugandischen Bischöfe haben vor Jahren die Centenary Bank gegründet, die sich vor allem auf das Mikrofinanzgeschäft konzentriert. „Wir sind der Meinung, dass die Kirche neben Schulen und Krankenhäusern auch eine Bank für die Armen führen kann, damit diese Zugang zu professionellen Finanzdienstleistungen wie Sparen und Kredit erhalten“, erläuterte Lwanga.

UNIAPAC-Präsident Pierre Lecocq warf die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Staat in der Forschung auf: „Wenn wir Forschung und Wissenschaft nur den Unternehmen überlassen, besteht dann nicht die Gefahr, dass sich in bestimmten Bereichen Monopole und Kartelle des Wissens bilden, so dass Politik und Gesellschaft keine Möglichkeit mehr haben, sich eigene ethische Urteile zu bilden?“

M. Wilde

